



--	--	--	--	--	--	--

Antragsnummer (wird von NBank vergeben)

Antrag zur Förderung einer Maßnahme im Rahmen der Stärkung kleiner Unternehmen in Entwicklung und Innovation

Gem. RdErl. D.MW v.5.9.2012 - 30-328 7025 - VORIS 77300 -

1. Angaben des Antragstellers

Name des Antragstellers (Unternehmen/ Forschungseinrichtung/natürliche Person)

PLZ	Ort	Straße, Hausnummer
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Telefon	Telefax	E-Mail
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Bankverbindung:

IBAN	BIC
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Name, Vorname

Ansprechpartner im Unternehmen/
in der Forschungseinrichtung:

Stellung im Unternehmen/
in der Forschungseinrichtung:

2. Angaben zum Unternehmen

Antragsteller ist ein gewerbliches Unternehmen im Sinne der EU (2003/361/EG; ABl. EU Nr. L 124 S. 36):

Ja

Nein

Rechtsform	Branchenschlüssel WZ ¹⁾	Bezeichnung der Branche ²⁾
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Jahr	Umsatz	Bilanzsumme	Gesamt-Beschäftigte
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Anzahl der Beschäftigten zum Antragszeitpunkt	<input type="text"/>	davon männlich		davon weiblich		Vollzeit	Teilzeit
		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>		
Anzahl der Arbeitsplätze, die durch das Projekt gesichert werden	<input type="text"/>	davon männlich		davon weiblich		Vollzeit	Teilzeit
		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>		
Anzahl der Arbeitsplätze, die durch das Projekt neu geschaffen werden	<input type="text"/>	davon männlich		davon weiblich		Vollzeit	Teilzeit
		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>		

Befinden sich Kapital oder Stimmanteile im Besitz von einem oder mehreren Unternehmen?

nein ja Anteil: %

Wenn der Anteil über 25 % liegt, geben Sie bitte die einzelnen Beteiligungsverhältnisse an (Auszug der entsprechenden Passagen des Gesellschaftsvertrages).

Besitzen Sie Kapital oder Stimmanteile von einem oder mehreren Unternehmen?

nein ja Anteil:

Name des Unternehmens

3. Angaben zum geplanten Vorhaben

3.1 Fördergegenstand

Es handelt sich um ein Vorhaben, bei dem mithilfe von eigenen Entwicklungsarbeiten ein neues oder verbessertes vermarktbare Produkt, Produktionsverfahren oder eine entsprechende Dienstleistung entwickelt oder weiterentwickelt werden soll.

Ja Nein

Die Maßnahme wird durchgeführt als Einzelvorhaben.

Ja Nein

3.2 Kurzbezeichnung des Vorhabens (Schwerpunkttechnologie/Ziel o.ä.):

3.3 geplanter zeitlicher Ablauf: geplanter Beginn der Maßnahme

Tag Monat Jahr

geplanter Abschluss

Tag Monat Jahr

4. Finanzierungsplan

Ich bin zum Vorsteuerabzug gem. § 15 UStG berechtigt und die folgenden Angaben enthalten keine MwSt.

Ja Nein

4.1 Ausgaben

Euro

Sachausgaben	<input type="text"/>
Fremdleistungen	<input type="text"/>
Personalausgaben	<input type="text"/>
Ausgaben für Investitionen	<input type="text"/>
sonstige Sachausgaben	<input type="text"/>
sächliche Verwaltungsausgaben	<input type="text"/>
Summe Ausgaben	<input type="text"/>

4.2 Finanzierung

Euro

Eigenmittel	<input type="text"/>
Fremdmittel	<input type="text"/>
Mittel Dritter	<input type="text"/>
Einnahmen	<input type="text"/>
Summe des hiermit beantragten Zuschusses	<input type="text"/>
Summe Finanzierung	<input type="text"/>

5. Erklärung Antragsteller

5.1 Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben in diesem Antrag.

5.2 Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten meines/unseres Unternehmens vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und der NBank auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und Erfolgskontrolle verarbeitet werden.

Ich bin/wir sind ferner damit einverstanden, dass die NBank und die im Einzelfall einzuschaltenden fachkundigen Stellen (Wirtschaftsförderer, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, berufsständischen Kammern, Fachverbände und Kreditinstitute) alle in diesem Antrag angegebenen personenbezogenen und sonstigen Daten zum Zwecke der Antragsbearbeitung und -verwaltung und soweit dies zur Aufgabenerfüllung der NBank erforderlich ist, erheben, elektronisch verarbeiten, speichern und einander übermitteln sowie auswerten.

Darüber hinaus bin ich/sind wir damit einverstanden, dass das Innovationszentrum Niedersachsen über alle in diesem Antrag sowie im Bewilligungsbescheid angegebenen personenbezogenen und sonstigen Daten zum Zwecke der statistischen Erhebung unterrichtet wird.

5.3 Mir/uns ist bekannt, dass das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie die NBank sich aus der Antragstellung und der Förderung ergebenden Daten speichern und ggf. zur Herausgabe an Prüfstellen (z. B. Landesrechnungshof) verpflichtet sind.

5.4 Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde, d. h. ich/wir habe(n) noch keine projektbezogenen Lieferungs- oder Leistungsverträge abgeschlossen.

ja nein

Mir/uns ist bekannt, dass bei vorzeitigem Maßnahmebeginn eine Förderung des Vorhabens nicht erfolgen kann.

Ich/Wir beantrage(n) eine Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns

nein ja, zum (Datum) _____

Mir/Uns ist bekannt, dass die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn noch keine Entscheidung über die endgültige Bewilligung der beantragten Zuwendung präjudiziert und dass somit der Beginn und die Durchführung der Maßnahme sowie die Finanzierung des Vorhabens ausschließlich auf eigenes Risiko erfolgt.

5.5 Subventionserhebliche Tatsachen

Mir/Uns ist bekannt, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

- Ziffer 1 - 5
- die Angaben in den Unterlagen, die diesem Antrag beizufügen sind.

Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionengesetzes (SubVG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Mir/Uns sind auch die nach § 3 SubVG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen einer Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Ich/wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben über subventionserhebliche Tatsachen als Subventionsbetrug nach § 264 des Strafgesetzbuches strafbar sind.

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns bis heute bewilligte Zuwendungen, sei es der NBank, sei es einer anderen staatlichen Stelle oder der Europäischen Kommission

- bisher nicht wegen formeller und/oder materieller Rechtswidrigkeit (insbesondere wegen Unvereinbarkeit mit dem EU-Beihilfenrecht nach Art. 87, 88 EG-Vertrag) aufgehoben und zurückgefordert wurden oder
- im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung vollständig zurückgezahlt wurden.

Mir/uns ist bekannt, dass eine Bewilligung solange unterbleibt, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde. Vorstehende Erklärung ist eine subventionserhebliche Tatsache.

Mir/uns ist insoweit ebenfalls bekannt, dass ich/wir jede zukünftige Abweichung meiner/ unserer vorstehenden Angaben unverzüglich der NBank mitteilen muss/müssen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen oben genannter Stellen.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass nachträgliche Änderungen zu Angaben, die in diesem Antrag als subventionserhebliche Tatsachen bezeichnet werden, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen i. S. des § 264 StGB sind.

5.6 Mir/uns ist bekannt, dass an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligt ist und dass in diesem Falle die VO (EG) 1083/06 des Rates vom 11. Juli 2006 (ABl. EG L 210 ff vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der VO (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 (ABl. EG Nr. L 210, S. 1 ff. vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit VO (EG) 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 (ABl. EG L 371/1 vom 27. Dezember 2006) Anwendung findet.

Nach Art. 72 der VO (EG) 1083/06 vergewissert sich die Kommission, dass die Mitgliedstaaten über Verwaltungs- und Kontrollsysteme verfügen, die den Artikeln 58 bis 62 der VO (EG) 1083/06 entsprechen.

Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren.

Die Kommission kann einen Mitgliedstaat auffordern, vor Ort das wirksame Funktionieren der Systeme und die ordnungsgemäße Durchführung eines oder mehrerer Vorgänge zu prüfen. An solchen Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission teilnehmen.

Nach Art. 69 der VO (EG) 1083/06 informieren der jeweilige Mitgliedstaat und die für das operationelle Programm zuständige Verwaltungsbehörde über die Vorhaben und die kofinanzierten Programme und sorgen für deren Bekanntmachung. Die Informationen richten sich an die Bürger der Europäischen Union und an die Begünstigten und sollen die Rolle der Gemeinschaft betonen.

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, ein Hinweisschild nach Vorgaben der Bewilligungstelle am Standort meines/unseres Vorhabens aufzustellen bzw. anzubringen, sowie auf allen Unterlagen (insbesondere auf allen Teilnahmebestätigungen und Bescheinigungen) und bei Veröffentlichungen im Internet das in Anhang I zu Art. 9 VO (EG) 1828/2006 vorgeschriebene EU-Emblem, den Verweis auf die Europäische Union sowie die Angabe des Fonds anzubringen, aus dem mein/unser Vorhaben kofinanziert wird.

Darüberhinaus verpflichte(n) ich/wir mich/uns bei einem Infrastruktur- oder Bauvorhaben bzw. bei einem investiven Vorhaben, bei denen der öffentliche Gesamtbeitrag mehr als 500.000 Euro beträgt, ein Hinweisschild bzw. eine Erläuterungstafel nach Vorgaben der Bewilligungsbehörde ab Fertigstellung des Vorhabens dauerhaft aufzustellen bzw. anzubringen.

Ich bin/ wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen das Land Niedersachsen meinen/unseren Namen (insb. Firmennamen sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlicht (Verzeichnis der Begünstigten, Art. 7 Abs. 2 (d) VO 1828/2006).

ja nein

Mir/Uns ist bekannt, dass bei Nichtzustimmung eine Förderung des Projektes/der Maßnahme nicht erfolgen kann.

5.7 Mir/Uns ist bekannt, dass die Förderung auf Ausgabenbasis erfolgt, dass die Abrechnung von Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) erfolgt und dass Mehrwertsteuerbeträge sowie Skontii und Rabatte nicht zuwendungsfähig sind. Für die Abrechnung der Personalausgaben erklären wir uns bereit, alle erforderlichen Unterlagen (insbesondere die Gehaltsabrechnungen der am Projekt beteiligten Mitarbeiter) zur Verfügung zu stellen.

Ort, Datum Stempel Antragsteller / Vorname und Name in Großbuchstaben Unterschrift Antragsteller

Ausfüllhinweise:

- 1) Den Branchencode WZ 2008 finden Sie auf unserer Internetseite unter <http://www.nbank.de>
- 2) Die Beschäftigtenzahl entspricht der Zahl der Jahresarbeitseinheiten. Teilzeitbeschäftigte und Saisonarbeiter werden nur entsprechend ihres Anteils an den Jahresarbeitseinheiten berücksichtigt, Auszubildende sind nicht zu berücksichtigen.

Unterlagen, die diesem Antrag beigefügt sind (bitte ankreuzen)

- Firmendarstellung
- fachliche Projektbeschreibung
- die letzten beiden Jahresabschlüsse
- detaillierter Ausgaben- und Finanzierungsplan
- Nachweis der Finanzierung des Projektes
- Auszug des Gesellschaftsvertrages
- Handelsregisterauszug